

Wie es dazu kam: meine Sammlung von Primärdaten und Dokumenten zur Politik in Berlin nach dem zweiten Weltkrieg

Hurwitz, Harold

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hurwitz, H. (2005). Wie es dazu kam: meine Sammlung von Primärdaten und Dokumenten zur Politik in Berlin nach dem zweiten Weltkrieg. *ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung*, 56, 105-126. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-198565>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wie es dazu kam:

Meine Sammlung von Primärdaten und Dokumenten zur Politik in Berlin nach dem zweiten Weltkrieg

**In Memoriam Heinz Fanselau (1935-2001)
als Dank für langjährige Förderung**

von Harold Hurwitz¹

In der Sammlung von Daten und Dokumenten, die z.Zt. als DVD beim ZA verfügbar ist², werden die Ergebnisse eines Prozesses des Lernens und Forschens erfasst, der vor fast sechzig Jahre begann und mich schließlich an den Punkt brachte, der *Richard Löwenthal* zu der Feststellung veranlasste:

"It became his life work to unravel the paradox of a city whose population, 'the Berliners', personified resistance to communism and yet gladly became conductors of *détente* between East and West."

1 Der Beginn meines Interesses für Deutschland und die Soziologie

Es begann zur Zeit des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs. Im Jahre 1939 war ich 15 Jahre alt, aber die persönliche Bekanntschaft mit Menschen, die aus rassischen und politischen Gründen Deutschland hatten entfliehen müssen, würde mich bald veranlassen, fortan intensiver zu fragen, weshalb der Wille zur Demokratie in Deutschland, dessen historische Manifestationen bereits mein Interesse weckten, sich immer wieder als zu schwach und hilflos erwiesen hatte. Zum Romantisieren geneigt, beschäftige ich mich im College mit dem Scheitern der bayrischen Revolution von 1918-19 und mit *Kurt Eisner*, der als ethischer Sozialist die missglückte Revolution von 1848 wiedergutmachen wollte. Und ich interessierte mich für das Dilemma von *Ernst Toller*, einem Pazifisten, der im Exil immer noch an ein "anderes

1 Dr. *Harold Hurwitz* war Professor für politische Soziologie am Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ZI6) der Freien Universität Berlin (jetzt *Otto-Stammer-Zentrum*) und davor langjähriger Berater des damaligen Regierenden Bürgermeisters *Willy Brandt*.

2 Mein Dank gilt *Hans-Berthold Hohmann*, MA, Diplom-Politologe, der diese Sammlung grundlegend konzipiert und erstellt hat.

Deutschland" glaubte, aber zu einem Mahner wurde, der schließlich meinte, dass die westlichen Demokratien Hitlers Reich auch militärisch bekämpfen müssten.

Als *graduate student* der Soziologie an der *Columbia University* bereitete ich mich auf eine Dissertation über die bayrische Revolution vor und nahm, mit nur zwei anderen Amerikanern, bei den dort beherbergten brillanten, aber damals ziemlich isolierten, Exilanten der Frankfurter Schule an einem zweisemestrigen Seminar über autoritäre Tradierung in Deutschland teil. Um zu Forschungszwecken nach Bayern zu gelangen, bewarb ich mich um eine zivile Stelle in der U.S.-Militärregierung, wurde aber im November 1946 nicht nach München, sondern nach Berlin geschickt. So bin ich Wahlberliner auf Dauer geworden. Erst Jahre danach sollte ich eine ganz andere Dissertation schreiben. Aber aus dem damaligen Impuls des amerikanischen Schülers und Studenten nährt sich bis heute die Neugier eines Sozialwissenschaftlers, der Zeit seines Lebens zeitgeschichtlich in und über Deutschland gearbeitet hat.

Insofern haben die Ursprünge meines Interesses am Problem von Demokratie und Autoritarismus in Deutschland auch mit der Datensammlung zu tun, die aus Erhebungen besteht, welche ich als wissenschaftlicher Berater von **Willy Brandt** und **Egon Bahr** selbst durchgeführt oder anschließend an der Freien Universität gesammelt habe; Erhebungen über Einstellungen und Lebenserfahrungen von West-Berlinern, die während des Kalten Krieges und der Zeit, als diese Stadt eine Versuchsstation für die Entspannungspolitik ihrer demokratisch gewählten politischen Führung geworden war, zu Betroffenen bzw. zu Mittragenden wurden.³

Beim Soziologiestudium an der Columbia University hatte ich angesichts der genannten Interessen keine Zeit gefunden, auch Kurse über Statistik und quantitative Forschungsmethoden zu belegen. Deshalb habe ich an **Paul Lazarsfelds** Lehrveranstaltungen nicht teilgenommen. Die Analyse-Methoden dieses Meisters lernte ich erst anhand der empirischen Untersuchungen von **Robert K. Merton** kennen; er wurde für mich zum Mentor und dessen Auffassung vom *structural functionalism* und von einer schrittweisen Theorie-Entwicklung über Theorien mittlerer Reichweite wurde für mich als Empiriker richtungweisend. Einen ersten Geschmack von den Deutungsmöglichkeiten der deskriptiven Statistik bekam ich gleichwohl in **Robert MacIvers** Grundkurs über *Social Causation*. Damit war ich aber überhaupt nicht auf die Aufgaben einer quantitativen Forschung vorbereitet, um die es in dieser Datensammlung gehen würde.

3 Siehe hierzu: **Harold Hurwitz**: Mein Leben in Berlin. In: Leviathan, Heft 2, Juni 1999, S. 264-279.

2 Erste empirische Forschung in Deutschland

Dass es dennoch dazu kommen würde, hat damit zu tun, dass damals in Deutschland Methoden der quantifizierenden Sozialforschung und der multivariaten Analyse mit "weichen" Indikatoren fast unbekannt waren. Als ich 1947 bei der Zentralstelle für Medienkontrolle der U.S.-Militärregierung (*Information Control Division, ICD, OMGUS*) zuerst in der Forschung beschäftigt wurde, erfuhr ich von Repräsentativumfragen in Berlin, die außerhalb der bekannten ICD-Berichtsreihen seit 1945 durchgeführt und während der Blockade intensiviert wurden.⁴ Eigene Erfahrungen machte ich erst, als sich 1947 mein Vorschlag realisieren ließ, auf der Bielefelder Tagung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) eine schriftliche Befragung der Teilnehmer zu ihrer sozialen Herkunft und ihrem politischen Werdegang durchzuführen.⁵ Schließlich versuchte ich, in einem leider nicht zu Ende geführten Projekt, bei der Auswertung von Intensivinterviews mit KPD/SED-Mitgliedern, die anhand eines standardisierten Fragenschemas gemacht worden waren, quantitative Vergleiche anzustellen.⁶

3 Mein Start in Berlin

Nachdem ich im Sommer 1949 aus dem amerikanischen Regierungsdienst hatte ausscheiden müssen, wurde ich freiberuflich tätig und studierte an der Freien Universität Berlin. So konnte ich mich zwei Aufgaben widmen, die später für mich wichtig wurden. Ich schrieb eine wissenssoziologisch relevante Monografie zur Wandlung bolschewistischer Geschichtsschreibung in der UdSSR⁷ und forschte zweieinhalb Jahre lang für *Willy Brandt* und *Richard Löwenthal* über das Leben von *Ernst Reuter*.⁸

4 Diese Berichte, Tabellen etc. wurden ausgewertet in: *Harold Hurwitz*, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Band I: Die politische Kultur der Bevölkerung und der Neubeginn konservativer Politik, Köln 1983, Kapitel 1 bis 3, S. 21-214. Eine detaillierte Erläuterung der Sonderberichtsmaterialien in Kapitel 1, Anmerkung 1, S. 333-335. Diese Dokumente stehen sowohl hier als auch im Landesarchiv Berlin, Deposition *Hurwitz* (2100-2107) zur Verfügung.

Zur Methode der Indikatorenfindung siehe Anmerkung 1 zu Kapitel 2, S. 345.

5 German Socialist University Youth, Information Control Review (ICR), ICD/ISD, OMGUS, No. 29, 5. Juli 1947. Die Befragung fand ebenfalls 1948 bei SDS-Mitgliedern in Frankfurt statt. Die ausgefüllten Fragebögen und Arbeitsnotizen befinden sich neben SDS-Dokumenten im Landesarchiv Berlin, Deposition *Hurwitz*.

6 Befragungsschema und Intensivinterviews (4 Ordner) sind in der Bibliothek des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam deponiert.

7 Siehe *Franz Borkenau*, Das Jahr 1917 (Sonderdruck *Der Monat*), 1952, 48 S.

8 *Willy Brandt* u. *Richard Löwenthal*, *Ernst Reuter*. Ein Leben für die Freiheit, München 1957.

Zur gleichen Zeit, in den Jahren 1950 bis 1956, nahm für mich die empirische Feldforschung einen Stellenwert ein, der das schrittweise Nachholen dessen erforderlich machte, was ich während meines Soziologiestudiums an der Columbia University versäumt hatte. Damals herrschte anhaltende Massenarbeitslosigkeit in West-Berlin, weshalb ich mit zwei Erhebungen betraut wurde: Die erste wurde mit amerikanischen Forschungsmitteln vom DGB bundesweit durchgeführt, die zweite im Auftrag des Berliner Senators für Sozialwesen. Diese Aufträge boten 20 bis 30 Soziologie- und Psychologie-Studenten der Freien Universität neben willkommener Beschäftigung als Interviewer auch die Möglichkeit einer Empirie-Ausbildung. Als Leiter der zentralen Forschungsstelle in Berlin konnten **Heinz Kluth** und ich für die methodische Vielfalt unserer Untersuchungen über arbeitslose Jugendliche in der Bundesrepublik sorgen. Wir erfuhren, was multivariate Tabellenanalyse mit Hilfe einer IBM-Fachzählsortiermaschine bedeuten konnte.⁹

Noch lehrreicher für mich und **Dieter Claessens** war in dieser Hinsicht unsere Untersuchung über die Sicherungsleistungen von Sozialunterstützungsempfängern in West-Berlin,¹⁰ denn hier ging es darum, Unterschieden in den zeitgeschichtlich beeinflussten Lebensläufen der Rezipienten Rechnung zu tragen. Auf Grund dieser Erfahrung lernte ich, dass erst die zusammenhängende Betrachtung von beruflichem Werdegang, Familienverpflichtungen und Alter mit den zeitgeschichtlichen Kontextbedingungen ein Indikatorenbündel definiert, welches das Schicksal oder die Verhaltensweisen jedes Einzelnen zwar nicht exakt oder ausreichend erklärt, sich dem aber auf griffige und plausible Weise annähert. Das gilt in weit stärkeren Maße für meine Dissertation, wo ich Erhebungen auswertete, die ich früher einmal für den *Monat*, eine seit 1948 von **Melvin J. Lasky** in amerikanischem Auftrag herausgegebene, sehr anspruchsvolle "Internationale Zeitschrift für Politik und geistiges Leben", durchgeführt hatte. Mit einem schriftlichen Fragebogen wurden in der DDR und Ost-Berlin beheimatete Leser anonym interviewt, als sie Exemplare in Westberliner Lesesälen und den dortigen "Ostbüros" der demokratischen Parteien und Verbände abholten. Die Erhebungen fanden 1952 und 1954 statt, also vor und nach

9 **Schelsky** u.a., *Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend*, Bund-Verlag 1952. Siehe Landesarchiv Berlin, Deposition **Hurwitz**.

10 **Harold Hurwitz** u. **Dieter Claessens**, *Die Sozialunterstützten in West-Berlin, nach ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung in der Vergangenheit unter besonderer Berücksichtigung einmal getroffener Sicherungsmaßnahmen*, In: *Soziale Arbeit*, 4. Jahrgang/Heft 3 (März 1955), 112-162.

dem Arbeiteraufstand vom Juni 1953. Zum Vergleich ließ sich eine Erhebung der Leser in der BRD und West-Berlin heranziehen.¹¹

Das Mitnehmen und vor allem das Weiterreichen von Exemplaren des *Monat* bedeuteten ein Risiko in der DDR. Das Kommunikationsverhalten der "heimlichen Leser" und der Bereitschaft, sich anderen anzuvertrauen variierte stark mit Alter, Beruf und sozialer Stellung. Deswegen schien das Weiterreichen illegaler Zeitschriften als Indikator für die Bereitschaft zu aktivem Dissens in der DDR-Gesellschaft geeignet zu sein. Unter Vorbehalt betrachtet schienen solche Verhaltensweisen soziologisch aufschlussreich zu sein hinsichtlich der Zustände und Vergesellschaftungsprozesse (wie Anpassung und Abkapselung: Nischendasein). So konnte der Frage nach Möglichkeiten spontaner Vergesellschaftung unter dem Totalitarismus realistischer nachgegangen werden. Denn damals, siehe *Hannah Arendt*, verstand man Totalitarismus als Herrschaftssystem in dem weit reichenden Sinne, dass es die Fähigkeit besaß, eine Gesellschaft bis zur "Atomisierung" gleichzuschalten und danach Mensch und Gesellschaft ganz neu zu erschaffen.

Nicht zu realisieren war ein Vorschlag, den ich dem *Kongress für die Freiheit der Kultur* im April 1951 unterbreitet hatte, um Erkenntnisse über das "Widerstandspotenzial" in der West-Berliner Bevölkerung zu erhalten.¹² Dazu sollten auch Fragen nach den Zuständen in der DDR beantwortet werden, die indirekt über Eindrücke nach Gesprächen von West-Berlinern mit Verwandten, Freunden und Bekannten in Ost-Berlin und der "Zone" berichten. Themen und Inhalte sollten nicht explizit politisch, wohl aber politisch relevant sein. Jahre danach, zur Zeit der Passierscheinaktionen, also der ersten entspannungspolitischen Schritte des Berliner Senats, schien mir dieses gewiss nicht unumstrittene Instrument einer indirekten Ermittlung jedenfalls erprobungswürdig zu sein. Deshalb stehen dem Benutzer entsprechende Variablen (siehe Variablen im ABCDE-Gesamt-File) zur Verfügung.¹³

11 *Harold Hurwitz*, *Der heimliche Leser: Beiträge zur Soziologie des geistigen Widerstandes*, Köln/Berlin 1966, 441 S. Die multivariaten Auswertungen des *heimlichen Lesers* erfolgten für beide Perioden 1952 und 1954 per "handcounting". Im Auftrag der Redaktion hat IBM 1954 vergleichbare Auswertungen maschinell vorgenommen. Das gesamte Material einschließlich der Fragebögen ist im Landesarchiv Berlin, Deposition *Hurwitz*.

12 Proposal for an Opinion Survey on the Resistance Potential of West Berliners, April 26, 1951, im Landesarchiv Berlin, Deposition *Hurwitz* (2200 A).

13 Die Ergebnisse schienen mit denen von Befragungen ehemaliger Sowjetbürger nach dem Zweiten Weltkrieg und Besucher aus der DDR während der Grünen Woche in West-Berlin übereinzustimmen. Siehe *Raymon A. Bauer*, *Alex Inkeles* u. *Clyde Kluckhohn*, *How the Soviet System Works*, Cultural, Psychological and Social Themes, Cambridge, Mass, 1956. Auch die Untersuchungen von Infratest: *Viggo Graf Blücher*, *Industriearbeiterschaft in der volkseigenen Industrie der SBZ*, Stuttgart, 1959. Und die beiden vielfältigsten Berichte von Infratest: *Angestellte in der Sowjetzone Deutschlands*, Verhaltensweisen und gesellschaftliche

Während der durch das *Chruschtschow*-Ultimatum vom Herbst 1958 verursachten zweiten großen und lang andauernden Berlin-Krise musste ich die Fertigstellung meiner Dissertation¹⁴ immer wieder aufschieben. Mein seit langem gehegter Wunsch, dass es sinnvoll wäre, demoskopische Erhebungen über die politische Moral der Bevölkerung West-Berlins durchzuführen – Untersuchungen der Amerikaner mit Vergleichsmöglichkeiten aus früheren Zeiten lagen vor – schien sich nach dem unglücklichen Verlauf der Genfer Konferenz auf dringende Weise zu bestätigen. Eine entsprechende Anregung habe ich im Juni 1960 an *Willy Brandt* gerichtet.

4 Zusammenarbeit mit Klaus Schreiber vom Institut für Markt- und Verbrauchsforschung

Da der für das demoskopische Forschungsprogramm des *Instituts für Markt- und Verbrauchsforschung* der Freien Universität Berlin (IfMF) verantwortliche Fachmann, Dr. *Klaus Schreiber*, ebenso dachte wie ich, besorgte ich die veröffentlichten Berichte seiner Erhebungen von Herbst 1958 und 1959,¹⁵ um den Regierenden Bürgermeister im Sommer 1960 mit einer Auswertung auf "morale levels, deviations, tensions and strengths" aufmerksam zu machen.¹⁶

Aufgrund dieser Erhebungsberichte und statistischer Daten stellte ich fest, dass sich die Erwartungen der West-Berliner hinsichtlich der wirtschaftlichen Zukunft der Stadt verschlechtert hatten, obwohl sich die wirtschaftliche Lage Berlins, nach einem Jahr verbaler Drohungen, dank finanzieller Hilfsmaßnahmen materiell verbessert hatte. Dies traf in noch stärkerem Maße zu, wenn nach einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Individuums gefragt wurde. Bedenklich war das schwache Zuversichtsniveau der Bevölkerung im Hinblick auf das "kommende Jahr". Dagegen war das Vertrauen in die politische Führung *Willy Brandts* hoch geblieben. Es galt also, die Imponderabilien dieser Moralkrise der Bevölkerung zu untersuchen.

Die Startbedingungen beim *Institut für Markt- und Verbrauchsforschung* (IfMF) schien besonders günstig, weil sie eine zuverlässige Feldarbeit, regelmäßige Trenderhebungen, Blitzumfragen in Ereignisnähe ebenso garantierte wie eine Politikberatung

Einordnung der mitteldeutschen Angestellten, München, Mai 1958 und Alltagsleben der sowjetzonalen Bevölkerung, Alltagsverhalten und politische Einflüsse, 1959. Siehe dazu Notizen von *Hurwitz* im Landesarchiv Berlin, Deposition *Hurwitz* (001, Notizkasten)

Vgl. auch die Auswertungen von *Infas*-Erhebungen mit entsprechenden Variablen einschließlich der Analyse "Aspekte der Systemanpassung" von dem DDR-Forscher *Ernst Richert*.

14 Promotion 1963, *Der heimliche Leser*, siehe Fußnote 10.

15 Landesarchiv Berlin, Deposition *Hurwitz*.

16 *Expectations of the Berliners as Criteria for their Morale*, (Sommer 1960), 15 S.

des Senats auf der Basis eigener, schneller Auswertungen. Jedoch scheiterte diese Hoffnung an der Weigerung des für das Institut zuständigen Ordinarius, einen Senatsauftrag auszuführen. In einem Brief erklärte er, "grundsätzlich nicht in politische Ereignisse eingreifen" zu wollen, obwohl er aus dem Auftragsangebot wusste, dass "unsere Sorge der Sicherung der Moral der Berliner Bevölkerung während der gegenwärtigen und vielleicht kommenden Krisen gilt".¹⁷

Dennoch gaben wir die Hoffnung auf Kooperation mit dem *IfMF* nicht gleich auf. Zum einen wartete der Lehrstuhlinhaber auf eine auswärtige Berufung, zum anderen hatte Dr. **Schreiber** beste Aussichten auf Bewilligung seines Drittmittelantrages an die DFG zur Erforschung des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher und politischer Moral in der Berliner Bevölkerung.

Die Senatskanzlei war, auf jeden Fall bereit einen Ausweg zu finden. So konnte ich Überlegungen über die Gestaltung eines langfristigen Erhebungsprogramms anstellen, das sich mit der Fragestellung der politischen Moral der Bevölkerung in einem bedrohten Berlin befasste. Es war mir klar geworden, dass West-Berliner Moralhaltungen am besten mit solchen Rangordnungsskalen untersucht werden konnten, denen eine umfassende Fragenbatterie zu Grunde lag, u.a. weil "... one of the major problems will be to get behind responses given in conformity with the 'what-is-expected-of-a Berliner' role and reach genuine, personal and private judgments ..."¹⁸

5 Zusammenarbeit mit Infas

Zugleich mussten wir nach einer Alternativlösung für unsere Pläne Ausschau halten. Das wenige Jahre zuvor gegründete SPD-nahe *Institut für angewandte Sozialforschung (Infas)* bot sich als Möglichkeit an. (*Infas* hatte bereits im Sommer 1960 eine Erhebung im Bundesgebiet für die Berliner Senatskanzlei durchgeführt.) Inzwischen hatte ich Frageformulierungen gesammelt, die über die Jahre in West-Berlin von den Amerikanern bzw. in deren Auftrag von *DIVO*¹⁹ angewendet worden waren und sich für Vergleiche eigneten. Einige exakte Trendanschlüsse mit breaks (Kreuztabellierung) reichten bis in die Blockadezeit zurück. Das galt auch

17 Die hiermit zusammenhängende Korrespondenz befindet sich im Landesarchiv Berlin, Deposition **Hurwitz** (2200 A).

18 Notes on Planning a Continuing Program of Morale Analysis with Opinion Surveys in Berlin. Part I, 30. Oktober 1960, 7 S.; Part II, December 1960, 9 S. Landesarchiv Berlin, Deposition **Hurwitz** (2200 A).

19 Deutsches Institut für Volksumfragen, Frankfurt

für Perspektiv-Fragen des *Allensbacher Instituts*, die das *IfMF* regelmäßig benutzt hatte. Dr. **Schreiber** war in Allensbach ausgebildet worden, und die Gründer von *Infas* kannten sich bei *DIVO* gut aus. Die Sammlung von Trendfragen legte ich **Egon Bahr** mit Erläuterungen vor.²⁰ Als Chef des Presse- und Informationsamtes der Senatskanzlei war er für Planung und Durchführung des Meinungsforschungsprogramms zuständig.

Man entschied sich erstmals für ein *Infas*-Angebot, um im April/Mai 1961 eine gediegene Berlin-Umfrage durchführen zu lassen. Sie ist die erste Erhebung im wichtigsten Teil unseres Datenbestandes, eine zeitübergreifende Kumulation, bestehend aus 83 vergleichbaren Berlin-Erhebungen (ABCDE-Gesamtdatei); die Umfragen wurden zumeist im Senatsauftrag durchgeführt und reichen in der Gesamtdatei bis ins Jahr 1971. Insgesamt stehen hier Umfragedaten bis 1974 zur Verfügung.

Zwei Monate nach Errichtung der Mauer ging eine zweite Trenderhebung mit situationsgerechten Ergänzungen ins Feld. Nach der ersten Berichterstattung in Berlin verbrachte ich zwei Wochen in Bad Godesberg, um in Tag- und Nacht-Arbeit an der Fachzählortiermaschine beide Erhebungen gründlich auszuwerten, damit ich **Brandt** und **Bahr** zwischen den Jahren mündlich berichten konnte. Denn es war deutlich geworden, dass nach zweieinhalb Jahren Aushöhlung der konsensuellen Abwehrhaltungen der West-Berliner in einer nicht fassbaren, bis dato lediglich auf verbalen Drohungen beruhende Krise, der Mauerbau für große Teile der Bevölkerung eine Moral fordernde Zäsur darstellte. Aber während die allgemeine Abwehrhaltung gestärkt zu sein schien, zeigten abwanderungsfähige Gruppen, wenn sie (z.B. im Unterschied zu Beschäftigten im öffentlichen Dienst) nicht an Berlin gebunden waren, Erschütterungen, die in anderen Schichten selten oder nicht so deutlich geäußert wurden. Die Thesen, die ich dazu im Januar und Februar 1962 für den Regierenden Bürgermeister und auf dessen Wunsch für einige mit Berlin befreundete amerikanische und britische *Opinion Leaders* in englischer Sprache schrieb, behandelten, wie die Erwartungshaltungen und Forderungen der West-Berliner mitgeprägt waren durch die unterschiedlichen Funktionen und Leistungen ihrer wichtigsten "Bezugspersonen" bzw. "-kräfte": die Westmächte (als "Schutzmächte"), die Senatsführung (als Vertrauensobjekt angesichts des Charismas von **Willy Brandt**) und die Bundesregierung (als gefordertes Objekt und, wie sich herausstellte, als Sündenbock).²¹

20 Fragenkatalog: Vorschläge und Überlegungen, 10./11. März 1961, 14 S. Landesarchiv Berlin, Deposition **Hurwitz** (2200 A)

21 Siehe hierzu das Analyse-Modell in "Die politische Moral der Berliner nach dem 13.8.1961 und früher". Landesarchiv Berlin, Deposition **Hurwitz** (2200 B). Außerdem in der Berichtssamm-

Dieser Bericht in Englisch an *Opinion Leaders* war der Anfang der *Berlin Briefings*, vertraulicher Unterrichtungen, die ich unter **Bahrs** Anleitung von 1963 bis 1966/67 fortsetzen konnte.²²

6 Berlin-Test

Inzwischen hatte sich Dr. **Schreiber** selbständig gemacht, nachdem klar geworden war, dass der ihm vorgesetzte Lehrstuhlinhaber in Berlin bleiben würde. Dieser hatte ihm verboten, sein Drittmittelprojekt zur Erforschung des Zusammenhangs zwischen politischer und wirtschaftlicher Meinungsbildung in West-Berlin am Institut für Marktforschung der Freien Universität durchzuführen.²³

So wurde trotz der guten Erfahrungen mit *Infas* bei der Erstellung unserer Fragenkataloge entschieden, **Schreibers** neues Unternehmen *Berlin-Test* zu beauftragen und ab April 1963 regelmäßige Standard- sowie Blitzumfragen durchführen zu lassen. Darüber hinaus wurde in den Befragungen, die **Schreiber** für seine eigenen wissenschaftlichen Vorhaben und als Marktforscher unternahm, neben den sowieso zu eigenen Zwecken wiederholten Trendfragen, Raum für einige Fragen des Senats reserviert, die auf Zuruf geschaltet werden konnten. *Infas* wurde zu dieser Zeit von der Senatskanzlei mit der Durchführung von Repräsentativumfragen im Bundesgebiet beauftragt.

Auch in anderer Hinsicht hat *Berlin-Test* uns ungewöhnliche Möglichkeiten geboten: Wir erhielten ein außerordentlich sicheres Forschungsinstrument. Die wissenschaftskritische Forschung über die demoskopische Praxis, der sich **Schreiber** schon beim IfMF gewidmet hatte, setzte er mit *Berlin-Test* fort. Dabei ging es um die ständige Überprüfung der Feldarbeit und das strenge Festhalten an bewährten Erhebungsstandards. Dies begann mit der begrenzten Anzahl der Interviews pro Interviewer und deren Kontrolle durch Fangfragen und reichte bis zu Methoden einer ständigen Überprüfung der Festlegung und Verlässlichkeit von Quotenstichproben. Letztere geschah anhand von Merkmalen der Amts- und Kirchenstatistik. Indem

lung enthalten: Aspects of Morale in Berlin - Before August 13th. Trends, Perspectives, Analyses. Spätherbst 1961; On Misunderstanding Berlin, January 1962; Morale in West Berlin after the Wall, April 1962.

22 Landesarchiv Berlin, Deposition **Hurwitz** (2035).

23 Hinweis: **Schreibers** Ergebnisberichte zu diesem Projekt, sowie zu Folgeprojekten, die er bis 1974 mit Forschungsmitteln des Senators für Wirtschaft durchführen konnte, befinden sich im Landesarchiv Berlin, Deposition **Hurwitz** (2281/2). Siehe: Abschlussberichte 1963/66, 102 S.; Abschlussbericht 1967/69, 64S.; Fortsetzung, 1970/72, 12 S.; Fortsetzung u. Abschluss 1973/74, 12+4 S.

Schreiber die Quotenmerkmale miteinander verknüpfte, waren jedem Interviewer stärker als üblich die Hände gebunden.

Die sofortige Überstellung der Lochkartensätze erlaubte es mir schließlich in kritischen Situationen (in besonderen Fällen sogar vorläufig, noch bevor die Stichprobe vollständig war), in Ereignisnähe auswerten und berichten zu können. Das geschah umso häufiger, als sich die Standard- und Blitzumfragen des Senats mit *Schreibers* eigenen *Berlin-Test* Erhebungen fast kontinuierlich abwechselten. So wurde zwischen März 1963 und Februar 1965 mit 15 Standarderhebungen, 5 Blitzumfragen und 12 weiteren *Berlin-Test* Omnibus-Umfragen eine Abfolge-Dichte erreicht, in der es möglich war, Ereigniswirkungen in den Zeitabständen: (a) unmittelbar danach, (b) etwas später und (c, d usw.) im "Nachhinein" zu verfolgen. Das erwies sich anhand von wichtigen Ereignissen und Entwicklungen als außerordentlich lehrreich, so nach Geschehnissen wie dem Scheitern des Treffens zwischen *Brandt* und *Chruschtschow*, das die große Koalition zwischen SPD und CDU in West-Berlin beendete, dem Besuch *Kennedys* im Juni 1963, nach dessen Ermordung am 22. November, bei der "Count Down"-Autobahn-Konfrontation im Oktober/November 1963, während der umstrittenen Passierscheinverhandlungen mit den nachfolgenden Passierscheinaktionen in den Jahren 1963 sowie 1964 und beim umstrittenen Verlauf des S-Bahn Boykotts. Im Übrigen wurde es für die Senatsführung immer wichtiger, die Verhandlungsbereitschaft der West-Berliner im Zeitverlauf zu messen und zu beeinflussen. Aufgrund dieser Erfahrung mussten wir uns Gedanken machen über kurz- und längerfristige Wirkungen, über kumulative Nachwirkungen von Ereignissen auf konsensuelle Einstellungsentwicklungen sowie über die Festigkeit, Anfälligkeit und Wandlungsfähigkeit solcher Einstellungen.

Inzwischen hatte *Infas* im Anschluss an die beiden vorangegangenen Untersuchungen – vor und nach dem Mauerbau – eine weitere Erhebung in Berlin durchgeführt, und zwar im Oktober/ November 1962 – per Zufall vor und während der Kubakrise – diesmal ohne Auftrag, aber in der Hoffnung, das Umfrageprogramm des Senats in Berlin fortsetzen zu können. Ein Jahr später, anlässlich der ersten Passierscheinaktion im Dezember 1963, beauftragte der Senat *Infas* mit einer Untersuchung, die die entsprechende Erhebung von *Berlin-Test* ergänzen sollte.

7 Berater des Regierenden Bürgermeisters

Als wissenschaftlicher Betreuer der beiden Untersuchungsreihen (für Berlin und Westdeutschland) erhielt ich Arbeitsräume der Innenverwaltung am Fehrbelliner Platz. Eine IBM-Fachzählortiermaschine und ein Panzerschrank kamen als Ausstattung hinzu. Ich konnte eine Sekretärin und auch eine technische Hilfskraft

(Teilzeit) einstellen. Wir gewöhnten uns an einen Arbeitsrhythmus von 12 bis 14 Stunden, Wochenenden eingeschlossen. Für mein Auskommen konnte deshalb gesorgt werden, weil die Ford-Stiftung nach dem Mauerbau ein Förderungsprogramm für das geistige Leben in Berlin auf den Weg gebracht hatte, das den Verbleib von kreativen Ausländern in der Stadt sichern sollte. Ich erhielt einen Werkvertrag, um den Regierenden Bürgermeister zu beraten und den Stiftungsvorstand *Shepard Stone* über Entwicklungen in Berlin zu unterrichten.

Für meine vertrauliche Berichterstattung an den Regierenden Bürgermeister wurden Regeln festgelegt. Neben *Willy Brandt* erhielt *Egon Bahr* als verantwortlicher Leiter des Presse- und Informationsamtes einen Bericht. Weitere Kopien gingen an den Chef der Senatskanzlei, *Dietrich Spangenberg*, in der Regel auch an den Bürgermeister *Heinrich Albertz* und an *Klaus Schütz*, den Senator für Bundesangelegenheiten. Dieser Verteilungsmodus wurde in Abstimmung mit *Bahr* und *Spangenberg* gewählt. Die Umfrageergebnisse sollten im Rathaus keine Rivalitäten nähren.

Andere Senatoren wurden ermutigt, das Forschungsprogramm für ihre Belange in Anspruch zu nehmen. Infolgedessen wurden von 1963 bis 1967, dem Zeitraum, in dem ich Gestaltung und Koordination des Forschungsprogramms zu verantworten hatte, verschiedene Themen der Senatsressorts aufgenommen. Dazu gehörten: Polizei, Wirtschaftsförderung, Sparmaßnahmen, Ost-West-Handel, Freie Volksbühne, Volksschulen und verschiedene Aspekte der Schulpolitik (z.B. der Verzicht auf Samstag als Schultag).

Als gravierende politische Dauerprobleme kamen vor allem die Belastungen für die Bevölkerung durch den S-Bahn-Boykott hinzu und später die Studentenrevolte als Provokation bzw. Prüfung der demokratischen Gesinnung (Solidarität, Toleranz/Intoleranz) in der Bevölkerung.

Natürlich galt es Reaktionen auf situationsbedingte Vorkommnisse und Senatskrisen kurzfristig zu erfassen: der Schahbesuch, ein Korruptionsskandal, der Rücktritt von *Heinrich Albertz* als Regierender Bürgermeister, die Aussichten der Parteien während der Wahlkämpfe und die Gefahren des Rechtsradikalismus. Das galt ebenfalls für Reaktionen auf Probleme der Bundesrepublik und der westlichen Verteidigungsgemeinschaft, z.B. die Konjunkturkrise von 1965 bis 1967 und der Streit um den Atomwaffensperrvertrag.

8 Im Infas-Büro am Kurfürstendamm

Der Senatsvertrag mit *Berlin-Test* wurde im Frühjahr 1965 nicht verlängert. Es schien opportun, *Infas* mit der Fortführung der Berliner Erhebungsreihe zu beauftragen. Nun sollte ich meine Betreuungs- und Auswertungstätigkeit für die Senatskanzlei als Angestellter von *Infas* fortsetzen und Berichte schreiben, die in Bad Godesberg fertig gestellt und nach einem Schlüssel verschickt wurden. Im übrigen lief die vertrauliche Berichterstattung an die Senatskanzlei weiter, ohne dass ich jemals mit Bad Godesberg Rücksprache zu nehmen hatte. Auch meine Sekretärin und mein Assistent, **Volker Hauff**, arbeiteten jetzt als Angestellte von *Infas*. Da ich inzwischen 39 Jahre alt und seit 1949 stets freiberuflich tätig gewesen war, bedeutete der Eintritt in das deutsche Versicherungssystem für mich eine große Erleichterung. Nachteile gab es jetzt im Arbeitsablauf: *Infas* richtete am Kurfürstendamm ein Büro ein. Aus Bad Godesberg wurden uns über Fernschreiber die Korrelationen übermittelt, die wir vorher anfordern mussten. Das war umständlich, und wir erhielten keine Kartensätze mehr von unseren Umfragen. Mit unserer Fachzählsortiermaschine konnten wir nur noch die Lochkarten aus der *Berlin-Test*-Zeit auswerten, um Trendvergleiche mit Breaks anzustellen.

Von Frühjahr 1965 bis Frühjahr 1967, dem Zeitraum, in dem ich am Kurfürstendamm arbeitete, wurden in Berlin ebenso viele Umfragen von *Infas* durchgeführt wie in den vorangegangenen zwei Jahren von *Berlin-Test*. Von diesen 28 Erhebungen waren 15 Standardumfragen. Aber im Unterschied zu den streng kontrollierten Quotenumfragen von *Berlin-Test* basierten die regelmäßigen Standardumfragen von *Infas* auf Zufallsstichproben. Die Folge war, dass weit größere Zeiträume für die Feldarbeit benötigt wurden. Die Abstände zwischen den Umfragen vergrößerten sich. Berichterstattung in Ereignisnähe war anhand der Standardumfragen nicht mehr möglich. Andererseits erfassten die aus Einwohnerkarteien gezogenen Stichproben jetzt ca. 600 Befragte. So konnte *Infas* den Wünschen des Senats nach Berichterstattung in Ereignisnähe nicht entsprechen. Das machte Blitzumfragen erforderlich und *Infas* brachte 13 davon ins Feld. Was die *Infas*-Standardumfragen betrifft, so konnten **Schreibers** hohe Standards der Interviewer-Kontrolle nicht mehr erreicht werden. Dafür sollte ja das Verfahren der Zufallsstichprobe Sicherheit bieten. In den letzten Monaten meiner Tätigkeit im Büro am Kurfürstendamm gab es einen Grund zur Besorgnis: Bad Godesberg hatte zwei Personen zur Betreuung der Feldarbeit in Berlin angestellt, die ihren Interviewern allzu oft 20 bis 30 Befragungspersonen aufbürdeten. Das stellte eine Missachtung der erprobten Sicherheitskriterien für Interviewer dar.

Diese und andere Erfahrungen hatten meine Beziehung zur Institutsleitung in Bad Godesberg derart belastet, dass ich an Kündigung dachte und andere Wege sondierte, um dennoch meine wissenschaftliche Beratertätigkeit für den Senat aufrechtzuerhalten. Dabei war der Senatsauftrag an *Infas* für die praktische Durchführung der Umfragen nicht in Frage zu stellen. Natürlich war es der Institutsleitung in Bad Godesberg nicht leicht gefallen, mich als einen *Infas*-Beauftragten hinzunehmen, der den Senat selbständig und intern beriet. Es folgten Schikanen, die meine Verantwortung für die Berliner Erhebungspraxis am Ende zwar beschnitten, jedoch meine vertrauliche Beratertätigkeit nicht beeinträchtigen konnten. Und nach wie vor schloss diese Beratung die Unabhängigkeit hinsichtlich Auswahl und Formulierung der Fragen ein. Ich blieb noch ein Jahr am Kurfürstendamm, suchte aber währenddessen nach einer neuen Beschäftigung.

9 Arbeit im ZI6

Eine solche bot sich an, als **Richard Löwenthal**, der aus England zurückgekehrt war um Ordinarius für Politische Wissenschaft an der Freien Universität zu werden. Bei Bleibeverhandlungen sah er die Möglichkeit, meine Tätigkeit für den Senat zu etablieren. Ich wurde bei ihm als Assistent und Akademischer Rat mit Sitz am *Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ZI6)* eingestellt. Bei *Infas* hatte ich weiterhin die Verantwortung für die Durchführung und Berichterstattung. Ich hatte nun auch Zeit, Policy-Science-Neuland für die Senatskanzlei zu erkunden. An ein Simulationsmodell für "Morale Responses" und Planspiele für Ost-West-Verhandlungen wurde gedacht.

Nach der Bildung der Großen Koalition in Bonn und dem Abschied von **Willy Brandt** und **Egon Bahr** aus Berlin im Dezember 1966 lief vieles anders. Zwar setzte ich meine Beratertätigkeit für die Berliner Senatskanzlei und die Mitwirkung an der Gestaltung des Meinungsforschungsprogramms unter den Regierenden Bürgermeistern **Heinrich Albertz** (1966 bis 1967) und später unter **Klaus Schütz** (1967 bis 1977) bis in die 70er Jahre fort – allerdings ohne Zusammenarbeit mit *Infas*. Die Studentenrevolte veränderte dann die Bedingungen, unter denen ich am *ZI6* und dem *Otto-Suhr-Institut* als Akademischer Rat und später als Professor arbeiten konnte. Da **Richard Löwenthals** Pläne, am *ZI6* zu wirken, für ihn nicht mehr in Frage kamen, war ich ohne Fürsprecher dort, als das Gerücht umging, ich sei ein CIA-Agent, der bisher in der Berliner Senatskanzlei angesiedelt war, aber nun an der Freien Universität wirken sollte. Meine "Nebentätigkeit" für die Senatskanzlei war und blieb Jahre lang suspekt und wurde im *ZI6* wiederholt beanstandet. Auch mein "Berlin-Projekt" blieb manchen Kollegen ein Dorn im Auge, bis unser

Institutsvorsitzender, *Theo Pirker*, Anfang der 80er Jahre die Roh-Manuskripte der ersten drei der 1983/84 veröffentlichten Bände meiner Reihe "Demokratie und Antikommunismus in Berlin" las und beschützend empfahl.

Am ZI6 wurde es mir dank Förderung der Senatskanzlei, der DFG und der VW-Stiftung möglich, die Voraussetzungen für die Erstellung der jetzt im Zentralarchiv zur Verfügung gestellten Sammlung zu schaffen. Diese Datensammlung kam auch meinen Lehrveranstaltungen am *Otto-Suhr-Institut* zugute.

10 Zeitreihen und Kontextinformationen aus der Zeit

Die Idee zur Datensammlung begann damit, dass der ab 1967 für Meinungsforschung zuständige Beamte der Senatskanzlei, *Heinz Fanselau*, mit mir der Meinung war, dass die gesammelten, für Moral und Verhandlungsbereitschaft relevanten, Primärdaten und Berichtsmaterialien der seit 1945 durchgeführten Berliner Meinungsumfragen, in Zusammenhang mit unseren seit 1961 produzierten Primärdaten eine Grundlage für weiterreichende Projekte darstellen könnte. Er dachte an die Entwicklung von Simulationsmodellen: Einmal um auf der Basis von spieltheoretischen Annahmen Senatsangehörige auf Verhandlungen in Krisen- und Entspannungssituationen besser vorzubereiten, zum anderen um in solchen Situationen Reaktionen der Bevölkerung auf der Basis eines empirischen Simulationsmodells einschätzen zu können.

So war mein Anliegen, als Berater und akademischer Forscher unter Hinzuziehung älterer Daten und weiterreichender Analysen mehr zu lernen und auch zu verwirklichen. Für die Entwicklung dieser Modelle sollte ich als Kenner West-Berliner Einstellungsentwicklungen die notwendigen deskriptiv-historischen Voraussetzungen leisten, während *Lutz Erbring*, der damals beim *Institute for Social Research* an der University of Michigan lehrte, von der Senatskanzlei über *Infas* beauftragt wurde, die statistischen und inhaltsanalytischen Voraussetzungen für das Modell zu erarbeiten. Da hierfür eine Verknüpfung zwischen Indikatoren für Einstellungsentwicklungen und Ereignissen erforderlich war, wurde meine Aufmerksamkeit auf die Möglichkeiten zur Erstellung von Zeitreihen mit Zeitungsnachrichten gelenkt, die so hervorgehoben waren, dass sie theoretisch für jeden Leser wahrnehmbar waren. Hieraus entstand im Berlin-Projekt das Vorhaben, dynamische Modelle der Zeitreihenanalyse zu entwickeln bzw. zu adaptieren.

Für dieses Ziel reichten die damals gängigen statistischen Verfahren der Zeitreihenanalyse – Transferfunktionen waren noch unbekannt – nicht aus. Auch die von *Infas* in unregelmäßigen Abständen erhobenen Daten waren ein Problem. Um dieses zu

beheben, hat **Lutz Erbring** in Folge des Senatsauftrages ein sehr komplexes Modell entwickelt, insbesondere ein Verfahren, um "fehlende Werte" in den Zeitreihen aggregierter Einstellungsdaten zu schätzen ("fehlend" vor allem wegen der nicht regelmäßigen und oft langen zeitlichen Abstände zwischen den einzelnen Meinungsumfragen). Der nächste Schritt wäre gewesen, für das Simulationsmodell ein fiktives Szenario zu entwerfen. Das ist nicht geschehen, und es fragt sich, wie der Fall der Mauer wohl in einem Simulationsmodell ausgesehen hätte. Auch die Möglichkeiten des Berlin-Projektes stießen an ihre Grenzen.

Der Projekt-Mitarbeiter **Helmut Thome** benutze inhaltsanalytisch ausgewertete Meldungen des *Tagesspiegel* 1963-64 und Daten der eher geeigneten, da regelmäßigen, *Berlin-Test*-Erhebungen aus dieser Zeit, um dynamische Modelle der Wirkung kontinuierlich registrierter (wahrnehmbarer) Ereignisse auf aggregierte Einstellungen zu entwickeln. Obwohl der theoretische Ansatz als Intention weiterhin beachtenswert bleibt und unserer Meinung nach ausgebaut werden sollte, ist das damals angewandte Verfahren, auch aus Sicht des Autors, noch nicht befriedigend – u. a. deshalb, weil a) die Zahl der Messzeitpunkte ("Beobachtungen") mit $n=31$ für multivariate Verfahren der Zeitreihenanalyse prinzipiell zu gering ist (die Schätzung der Modellparameter ist zu instabil), b) weil das Verfahren der "polynomial distributed lag regression", das damals eingesetzt wurde, zu wenig flexibel ist in der Vorgabe möglicher Verlaufsformen für die Wirkung von Ereignissen auf Einstellungen. Hier stehen heute flexiblere Verfahren, etwa **Box/Jenkins**-Transferfunktionsmodelle, zur Verfügung. **Thome** hat in einem späteren Versuch, gemeinsam mit **Margret Rottleuthner-Lutter**, diese flexibleren Verfahren eingesetzt, um den längerfristigen Verlauf der Wirkung eines einzelnen einschneidenden Ereignisses, des Chruschtschow-Ultimatums vom November 1958, auf die Entwicklung der Parteipräferenzen und das Niveau der symbolischen Unterstützungsmaßnahmen der Westmächte zu modellieren.²⁴ Hierfür benutzten sie von den Projektmitarbeitern **Andreas Büning** und **Monika Lindgens-Knoche** erstellte langfristige Daten zwischen 1950 und 1963.

In dieser Datei wurden Trendfragen vom *Allensbacher Institut für Demoskopie* als Berlinanteil der monatlichen bundesweiten Umfragen mit inhaltsanalytisch erfassten Indikatoren über die potenzielle Wahrnehmbarkeit²⁵ des politischen Geschehens mit Bevölkerungs- und Wirtschaftsstatistiken verknüpft. Trotz hoher Stichproben-

24 **Margret Rottleuthner-Lutter, Helmut Thome**, Wirkung von Ereignissen auf kollektive Einstellungen: Ein Anwendungsbeispiel für Transferfunktionsmodelle nach **Box** und **Jenkins**. In: *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, S. 118-138, 1983.

25 Vgl. Kap. 13

fehler (die Stichproben der Meinungsumfragen hatten einen Umfang zwischen 40 und 80) konnten schlüssige Ergebnisse erzielt werden. Dieses Verfahren der "Interventionsanalyse" mit Hilfe von Transferfunktionsmodellen wäre sicherlich auch für weitere Analysen der Wirkung einschneidender Ereignisse einsetzbar, die in den Zeitraum der Gesamtdatensätze fallen. Dieses Modell zur Erfassung der unmittelbaren und kumulativen Wirkungen eines einschneidenden Ereignisses bleibt gleichwohl brauchbar. Die Datensätze bleiben aber auch geeignet, weil sie ohne komplexe Modellansprüche für Thematisierung und Deskriptionen konsultiert werden kann, z.B. hinsichtlich der Auswirkungen vom 17. Juni 1953, des Ungarn-Aufstands, des Mauerbaus und der Kuba-Krise.

Trotz alledem erwiesen sich beide Vorhaben als maßgebend für meine langfristigen Forschungsabsichten, Buchplanungen sowie meine Lehrtätigkeit, und somit schließlich für das, was diese Datensammlung einem Benutzer primär- und sekundäranalytisch anbieten kann.

Lutz Erbring hatte mir in Ann Arbor klar gemacht, was SPSS leisten konnte. Bis dahin waren wir für die Erstellung von drei-dimensionalen Kontingenztabellen auf ein Programm angewiesen, welches der Projektmitarbeiter **Hajo Haas** hatte schreiben lassen. Jetzt wurde SPSS, erstmalig in Berlin, an der Freien Universität installiert, wo **Haas**, ein Doktorand der Wirtschaftswissenschaft, am Rechenzentrum die ersten Kurse in SPSS als Lehrangebot des Berlin-Projekts durchführte, bis ich 1972 selbst soweit war, diese Aufgabe als Lehrangebot des Fachbereichs Politikwissenschaft zu übernehmen. Jahrelang geschah dies in Wochenend-Intensivkursen mit dem Angebot, anschließend an einer vierstündigen Übung mit Vorlesungscharakter teilzunehmen, die anspruchsvoll hieß: Die Logik der multivariaten Kausalanalyse für Sozialwissenschaftler.²⁶

11 Umfang und Inhalt der Datensätze in der Datensammlung

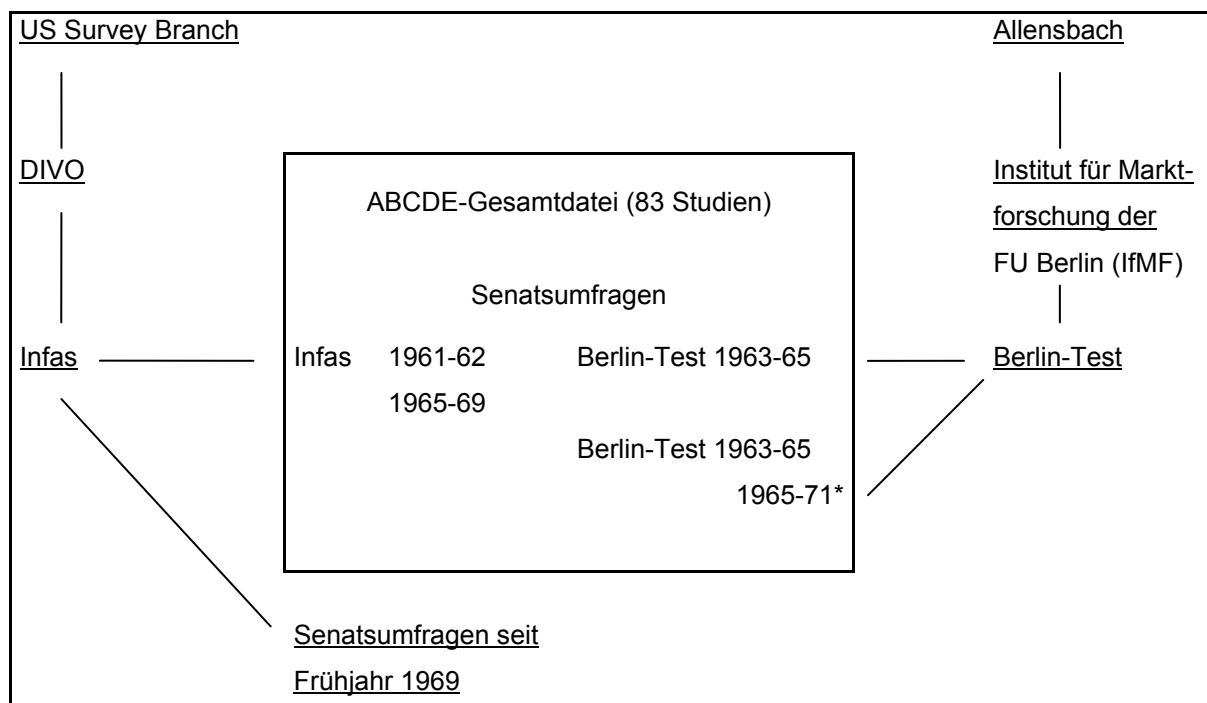
Dank meiner Nebentätigkeit als Berater und durch gezielte Zuwendungen der Senatskanzlei erhielt ich die Möglichkeit, Berichte und Lochkartensätze mit den Primärdaten aller relevanten Meinungsumfragen in Berlin zu besorgen, die vor Beginn des Erhebungsprogramms des Senats mit *Infas* und *Berlin-Test* durchgeführt worden waren. Insgesamt wurden so Primärdaten von sechs verschiedenen Instituten gesammelt. Wie die Berichtssammlung zeigt, fing es 1945 mit Erhebungen der amerikanischen Militärregierung an. Die Umfragen wurden dann zur Zeit der Hohen

26 Siehe die Lehr- und Übungsmaterialien, im Landesarchiv Berlin, Deposition **Hurwitz**.

Kommission von *DIVO* in amerikanischem Auftrag bis 1959 fortgeführt²⁷. Besorgt wurden außerdem die Berlin-Anteile der monatlichen Bundesumfragen des *Allensbacher Instituts für Demoskopie* im Zeitraum 1950 bis 1963, Erhebungen des *Instituts für Marktforschung der FU Berlin (IfMF)* von 1953 bis 1968, *Berlin-Test* Umfragen aus den Jahren 1970 bis 1974 und die von *EMNID* im Auftrag der Berliner CDU zwischen 1960 und 1963 durchgeführten Erhebungen in Vorbereitung der Kommunalwahl von Februar 1963.

Wie bereits erwähnt, haben alle diese Institute mit Ausnahme von *EMNID* Frageformulierungen verwendet, die über *Berlin-Test* und *Infas* in das Erhebungsprogramm des Senats Aufnahme fanden. "Wie es dazu kam", dass Trends mit gleichen Frageformulierungen zusammengestellt werden konnten, soll die folgende Abbildung verdeutlichen. Die Darstellung zeigt die Weiterverwendung der ursprünglich von der US Survey Branch auf der einen und von Allensbach der anderen Seite entwickelten Fragen. Die institutsübergreifende Weitergabe basierte auf den Kontakten zwischen den Institutsmitarbeitern bzw. auf der Arbeit der Mitarbeiter in den "nachfolgenden" Instituten.

Abbildung Die Weitergabe der Frageformulierungen zwischen den Meinungsforschungsinstituten



* Hinzu kommen eigene Umfragen von Berlin-Test aus den Jahren 1972 und 1974

27 Vgl. die Sammlung der OMGUS- und HICOG-Berichte im Zentralarchiv.

Diese Meinungsumfragen habe ich nicht nur für Lehrveranstaltungen über Methodenlehre und Demokratisierungsprobleme im Nachkriegs-Deutschland, sondern auch für meine Buchplanung über die Berliner Nachkriegszeit verwendet. Die Idee war, eine zeitgeschichtliche Analyse der interaktiven Entwicklung von Einstellungen in einer Triade von Beziehungen zu verfolgen: nämlich zwischen der West-Berliner Bevölkerung, politisch engagierten Teilen dieser Bevölkerung (auch als Partei-Eliten) und den Besatzungsmächten, die Schutzmächte werden würden. Mit der Buchplanung im Auge waren wir im Berlin-Projekt und für meine Lehrveranstaltungen bemüht, die Entwicklung im Kalten Krieg und auf dem Weg zur Entspannungspolitik soweit wie möglich ereignisbezogen und über längere Zeiträume zu verfolgen. Da ich Wert darauf legte, Zeitgeschichtlern quantifizierende Analyse mit einem stochastischen Anspruch schmackhaft zu machen, sowie umgekehrt übertrieben behavioristisch orientierten Feldforschern – Soziologen, Politologen und Psychologen – Geschichte nahe zu bringen, bot es sich an, im Rahmen meiner Buchplanung, Darstellung und Analyse durch weitere Arten von quantifizierenden Erhebungen zu untermauern und zu erweitern. Das führte neben den oben erwähnten inhaltsanalytischen Daten zu den biographischen Daten von einfachen und führenden Mitgliedern der SPD, derjenigen Berliner Partei, die den Abwehrkampf und die Entspannungspolitik maßgeblich beeinflusst hat.

12 Weitere Inhalte der Datensammlung

In dieser Datensammlung findet der Nutzer insgesamt vier Arten von Primärdaten sowie die dazu eingescannten Veröffentlichungen und Ergebnisse: Repräsentative Meinungsumfragen, biographische Daten, Inhaltsanalysen Berliner Tageszeitungen und Aggregatdaten über verschiedene Berliner Wahlen.

Was die demoskopische Sammlung betrifft, so ist zu berücksichtigen, dass die Primärdaten (Lochkartensätze) für repräsentative Berlin-Erhebungen erst ab 1952 auffindbar waren. Umso wichtiger wurde es, die Ergebnisberichte zu Berlin-Umfragen amerikanischer Stellen zu finden. So konnte relevantes Berichtsmaterial eingescannt werden. Diese Berichte und Tabellen, stammen entweder von einer vormals von Forschern unbeachteten Berlin-Unit (bei der Militärregierung des Berlin-Sektors) oder aus den bekannten amerikanischen Berichtsreihen, den Stellen für Meinungsforschung bei der Information Control Division bzw. Information Services Division beim Hauptquartier des Office of Military Government (ICD/ISD, OMGUS), sowie von der Hohen Kommission und der Botschaft der Vereinigten Staaten.

Auf der Daten-CD als auch im Berliner Landesarchiv sind die Berichte von *Infas*, *Berlin-Test*, *EMNID**, *IfMF** und *Allensbach** vorhanden, ebenso die Berichte und vertraulichen Auswertungen aus meiner Zeit der Beratungstätigkeit für die Berliner Senatskanzlei. Eine Reihe von Trendfragen können vom Benutzer selbst ausgewertet werden. Chroniken und zeitgeschichtliche Hintergrundlektüre werden als Zusatzinformation bereit gestellt. Zu den eingescannten Berichten und Tabellenmaterialien zählen auch Auswertungen von Mitarbeitern des Berlin-Projekts und von Seminarteilnehmern.

Wie bereits erwähnt, wurden auch biographische Daten gesammelt und die Voraussetzungen für eine Inhaltsanalyse Berliner Tageszeitungen geschaffen. Das geschah auch, um meiner Publikationsreihe *Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945* eine quantitativ-analytische Dimension der Indikatorenfindung und der Argumentation zu geben. Diese Aufgaben wurden konzeptionell in einem Mitarbeiter-Seminar geplant und zum Teil auch ausgeführt und ausgewertet. So wurde methodisches Neuland erkundet. In der Sammlung sind Aufsätze zu lesen, in denen Mitarbeiter über Ergebnisse berichten. Auch die von unserer damaligen Studentischen Hilfskraft, **Wolfram Schulz**, aufbereiteten Aggregatdaten von Berliner Wahlergebnissen auf verschiedenen Ebenen (Bezirk, Ortsteil, Stimmbezirk) und zu verschiedenen Zeiten (1929 bis 1963) sind so entstanden.²⁸

Entsprechend ihrer Bedeutung für den Abwehrkampf und die Erprobung entspannungspolitischer Schritte werden in sechs biographischen Dateien vor allem die Lebensdaten und die politischen und beruflichen Karriereverläufe von Berliner Sozialdemokraten, Mitgliedern und Funktionären festgehalten, um sie unter dem Gesichtspunkt der Sekundärsozialisation im Ablauf der Systeme zu untersuchen: im Kaiserreich, der Weimarer Republik, dem Dritten Reich, der Viermächte-Stadt und der Bundesrepublik. Zwecks Indikatorenfindung zum Wandel der machtpolitischen Verhältnisse und dem Einfluss der Besatzungsmächte in ihren Sektoren zwischen 1945 und 1949 wurde von der Parteizugehörigkeit sämtlicher Bezirksstadträte in allen 20 Rathäusern ausgegangen. Außerdem wurden die Daten der Kandidaten von KPD/SED und SPD bei den Kommunalwahlen 1929, 1933 und 1946 erfasst, sowie die Kandidaten von CDU und SPD bei den Kommunalwahlen von 1946 bis 1963.

In zwei Dateien über SPD-Mitglieder und SPD-Funktionäre konnten wir aus Mitgliederunterlagen, selbstverfassten Lebensläufen, Entnazifizierungsfragebögen und

* Nur im Landesarchiv.

28 Politische und Soziale Determinanten des Wahlverhaltens in Berlin von 1946 bis 1950, Diplomarbeit am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin, Juli 1988.

anderen Quellen die Detail-Informationen gewinnen, die erforderlich waren, um Karriereverläufe und Lebenserfahrungen im Kontext einer Sekundärsozialisation im Ablauf der Systeme differenziert untersuchen zu können. Um diese Fragestellung zeitlich weiter zu verfolgen, wurde eine dritte Datei erstellt, die aus selbstverfassten Lebensläufen von SPD-Kandidaten zu den Abgeordnetenhauswahlen von 1958, 1963 und 1967 in drei Bezirken besteht. Sie wurde ergänzt durch Amtsblätterdaten über Listenplatzentwicklung, Berufsänderungen und Wohnbezirkswechsel, ferner gegebenenfalls durch andere Quellen, wenn Angaben über die Zeiten vor 1933, das Dritte Reich und danach bis 1958 zu finden waren. Leider kamen wir nicht dazu, den Auswertungsmöglichkeiten annähernd gerecht zu werden.

13 Inhaltsanalytische Daten

Gleiches gilt für vier Dateien, die inhaltsanalytische Daten enthalten. Artikel auf den Titelseiten Berliner Tageszeitungen sind unter einem speziellen Gesichtspunkt ausgewertet worden. Fokus war vor allem der Ost-West-Konflikt und die Entspannungspolitik. Neben dem semantischen Inhalt wurde jeweils die *Wahrnehmbarkeit* eines Artikels erfasst. In Form einer von uns entwickelten Rangordnungsskala wurde die Positionierung sowie die drucktechnische Beschaffenheit des Zeitungsbeitrags²⁹, also die Augenfälligkeit, eingestuft.

In zwei Dateien werden Zeitungen der Westsektoren und des Sowjetsektors verglichen. So können bei unterschiedlichem Erscheinungsbeginn und -turnus zwischen Oktober 1945 und November 1946 *Der Tagespiegel* (US lizenziert) und der *Telegraf* (britisch lizenziert und SPD nahestehend) sowohl miteinander als auch mit dem unter sowjetischer Kontrolle stehenden *Volk* (Parteiorgan des Zentralaussschusses der SPD) und der *Deutschen Volkszeitung* (KPD) bzw. als deren Nachfolger dem *Neuen Deutschland* (SED) verglichen werden. Über den Indikator "Wahrnehmbarkeit" hinaus, ist dieser Vergleich indikativ für Unterschiede in der Öffentlichkeitspolitik der Besatzungsmächte vor und während des Berliner Fusionskampfes sowie danach bis zu den Wahlen im Oktober 1946.

Die Datenreihe wurde fortgeführt mit einer Datei, die Vergleiche zwischen dem *Tagespiegel*, dem *Telegraf* und dem *Neuen Deutschland*³⁰ ermöglicht, also eine Entwicklung, die 1947 mit lang anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen den

29 Die Ausprägungen reichten von "Schlagzeile" (unterschiedlicher Prominenz) über "halb fett" bis zu "normal" gesetzten Texten.

30 bis März 1948 für *Neues Deutschland* und bis August 1949 (nach Beendigung der Luftbrücke) für den West-Berliner *Tagesspiegel*.

Selbstverwaltungsansprüchen der demokratischen Parteien und den Viermächte-Kontrollgremien, der Kommandantur und dem Kontrollrat begann und die im März 1948 im Ost-West Konflikt mündete. Der anschließende Zusammenbruch der Viermächteverwaltung, die Blockadezeit und die getrennte Staatengründung wurden nur im *Tagesspiegel* weiter verfolgt.

Mit diesen Dateien können vielfältige Vergleiche angestellt werden. Im bildungsbürgerlichen *Tagesspiegel* und dem sozialdemokratischen Sprachrohr *Telegraf* (bis Ende Oktober 1946) können die unterschiedlichen Entwicklungen im Stil der Ansprache bis hin zur engagierten Mobilisierung der Bevölkerung bis Ende 1946 untersucht werden. Danach kann der Prozess indirekt beleuchtet werden, in welchem Amerikaner das Gebot nach Eintracht der Siegermächte gegenüber den Deutschen allmählich überwand. Ebenso kann der Frage nachgegangen werden, wie die aggressive Redaktionspolitik des *Neuen Deutschland* von der neuen Situation tangiert wurde, in der die Westmächte das Viermächte-Experiment nicht nur sehr allmählich, sondern in der Konfrontation endgültig aufgaben.

Die beiden Dateien für die Zeit danach, 1950 bis 1963 und 1961 bis 1965, – mit dem Kalten Krieg der 50er Jahre, dem Mauerbau als Höhepunkt des Ost-West-Konfliktes und den ersten entspannungspolitischen "kleinen Schritten" – beschränken sich auf Fragen der Wahrnehmbarkeit für die West-Berliner Bevölkerung anhand von Mitteilungen auf der ersten Seite des *Tagesspiegel*.

Die insgesamt 4099 Zeitungsausgaben von Januar 1950 bis Juni 1963 wurden mit Hilfe eines Codeplans erfasst, der kurz und handlich war. Hier wurde erstmals unsere sog. "Druck-Drohungs-Skala"³¹ eingeführt, ferner werden Themen wie Stützungsmaßnahmen des Westens (symbolisch, materiell), Spannungen zwischen Berlin und Bonn, aber auch zwischen den Trägern des Widerstandskonsenses in Berlin und schließlich die Darstellung von Entspannungsangeboten des Ostens behandelt.

Weit ausführlicher wird das Geschehen der Zeiträume Januar bis Dezember 1961 und Januar 1963 bis Juni 1965 in der zweiten inhaltsanalytischen Datei (in 1059 Ausgaben) bearbeitet. Neben der vorgenannten Druck-Drohungs-Skala wurde die Skala zur Wahrnehmbarkeit von Entspannungsmeldungen erprobt. Anhand des sehr differenzierten Codeplanes sollte berücksichtigt werden: Die Erwägung von entspannungspolitischen Schritten im "Westen", hervorgehobene Hinweise auf die

31 Die Ordinalskala repräsentiert den semantischen Charakter des Zeitungsartikels zwischen verbaler Drohung (unterschiedlicher Stärke) auf der einen Seite und manifester Haltung – bis hin zur militärischen Konfrontation – auf der anderen.

Rollenentsprechung der Gegenparteien (d.h. Durchsetzung des Ostens/Stützung durch den Westen), Dissonanzen und Differenzen in den Lagern der Akteure, das Vorkommen von Feindbildern und das Bild der Westalliierten als Schutzmächte sowie wertende Hinweise auf die herkömmliche und eine neue Deutschland- und Berlinpolitik.

14 Pensionierung

Nach meiner Pensionierung im Jahre 1988, nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Beginn des steinigen Prozesses einer wirklichen Wiedervereinigung Deutschlands, stand ich – angesichts meiner im Laufe von Jahrzehnten gesammelten ungeheuren Fülle von Materialien aus der quantifizierenden Forschung über die politischen Haltungen von West-Berlinern in der Zwickmühle zwischen stalinistischer Bedrohungen, dem Ost-West-Konflikt und entspannungspolitischen Schritten – vor der Frage, ob künftige Generationen irgendetwas Interessantes oder Lehrreiches an dem finden würden, was mich ein Leben lang bewegt und angespornt hat.

Ob etwa Sozialwissenschaftler diesen interdisziplinären Forschungsansatz irgendwie anregend finden würden, ob Historiker aufgefordert werden könnten, in ihre Arbeit quantifizierende Analysen und Indikatoren einzubeziehen, und ob andere Neugierige mit Blick auf die vermeintlichen Absurditäten dieser für Deutschland – Ost und West – und auch für Europa so wichtigen Stadt es überhaupt interessant, geschweige denn lehrreich finden könnten, wenn sie auf einfache und bequeme Weise, d.h. benutzerfreundlich, Zugriff auf meine Daten- und Materialsammlung haben.

So entstand zusammen mit dem mit diesen Daten und Materialien seit inzwischen zwei Jahrzehnten bestens vertrauten Mitarbeiter, *Hans-Berthold Hohmann*, die Idee, die übliche Trennung zwischen der Aufbewahrung von Daten (Zentralarchiv Köln) und schriftlichen Materialien (Landesarchiv Berlin) unter Nutzung der rasanten technischen Entwicklung in Form einer DVD von dieser Sammlung aufzuheben.

Die "Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin" hat die Umsetzung dieser Idee ebenso gefördert wie die drei institutionellen Träger des Projekts: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln, das Landesarchiv Berlin und das *Otto-Stammer-Zentrum* der Freien Universität Berlin. Bei ihnen ist die Sammlung zunächst als DVD vorhanden, das *Otto-Stammer-Zentrum* ist dabei, eine Internet-Version zu erstellen.